



Antrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl, Jan Schiffers, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl** und **Fraktion (AfD)**

Arbeitsplätze sichern: Export deutscher Sicherheitssysteme unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die unverzügliche Aufhebung des Beschlusses des Interministeriellen Ausschusses für Exportkreditgarantien im Jahr 2014 und der Entscheidung der Bundesregierung bezüglich des Ausschlusses von Hermesdeckungen für die Beteiligung deutscher Unternehmen an Neubauten von Nuklearanlagen im Ausland einzusetzen.

Begründung:

Deutsche Ingenieurskunst und „Made in Germany“ sind sowohl auf europäischer als auch auf globaler Ebene nach wie vor sehr gefragt. Große Nachfrage besteht unter anderem für digitale Sicherheitsleittechnik für nukleare Neuanlagen. Bereits jetzt sind zuverlässige, ausfallsichere Sicherheitssysteme aus Deutschland für die Sicherheit von mehr als 80 Kernkraftwerken in 17 Ländern von größter Bedeutung.

Nach der tragischen Nuklearkatastrophe in Fukushima im Jahr 2011 beschloss die Bundesregierung in einer abrupten Handlung den Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022. Der nächste Schritt wurde 2014 eingeleitet, indem man beschloss, die Beteiligung deutscher Unternehmen an nuklearen Neuanlagen im Ausland nicht mehr mit Auslandsgewährleistungen, sog. Hermesdeckungen, zu decken.

Nur Deutschland ging diesen kompromisslosen Weg ohne Rücksicht auf Arbeitsmarkt und Wirtschaft. In Europa und auf der ganzen Welt wird weiterhin und sogar vermehrt auf Kernkraft gesetzt. Eine Statistik der World Nuclear Association vom September 2016 bezifferte rund 60 Reaktoren im Bau und 170 geplante Blöcke. Vor allem Asien, Osteuropa und der Nahe Osten werden in den nächsten Jahren viele neue Kernkraftwerke errichten.

Deutsches Know-How und Innovationen genießen auf der ganzen Welt höchstes Ansehen. Der Ausschluss von Auslandsgewährleistungen für die Beteiligung an nuklearen Neubauten hat in vielerlei Hinsicht negative Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland. Es sind nicht nur große Unternehmen wie Framatome und Siemens stark betroffen, sondern vor allem zahlreiche mittelständische Zulieferer in ganz Deutschland. Ein weiteres Festhalten an dieser Vorgehensweise wird zum Verlust von Aufträgen und infolge zum Verlust vieler Arbeitsplätze führen. Firmen werden in Länder abwandern, in denen entsprechende Auslandsgewährleistungen erteilt werden. Außerdem bedeutet es einen Kompetenzverlust für Deutschland und kann dazu führen, dass Aufträge von Betreibern bestehender Anlagen ausbleiben, wir werden schlichtweg abgehängt.

Die Revidierung des Beschlusses über den Ausschluss von Auslandsgewährleistungen deutscher Unternehmen bei nuklearen Neubauten ist dringend notwendig, um Arbeitsplätze zu sichern und eine weitere Abwanderung von Fachkräften zu vermeiden. Außerdem kann Deutschland weiterhin einen aktiven Beitrag zur Störfallvermeidung in Kernkraftwerken leisten.